



**Meine Heimat.
Meine Bank.
Unser Erfolg.**

JAHRESBERICHT 2016

INHALT

Editorial	4
Vorstand	5
Aufsichtsrat	6
Regionalbeiräte	7
Lagebericht	8
Bericht des Aufsichtsrats	20
Jahresbilanz	22
Gewinn- und Verlustrechnung	24
Mitgliederbewegung	25
Impressum	26

Editorial.

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, WERTE MITGLIEDER,

„der Mittelstand ist in besonderer Weise Inbegriff für Leistungsbereitschaft, Fleiß und über den Tag hinausgehende gesellschaftliche Verantwortung“. 1997 würdigte Alt-Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl mit dieser Zusammenfassung die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der mittelständischen Strukturen Deutschlands.

Tatsächlich bilden mittelständische Unternehmen mit etwa 1.300 hochspezialisierten Weltmarktführern das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Und sie schaffen Arbeitsplätze: Im Jahr 2016 waren über 30 Millionen erwerbstätige Personen in mittelständischen Unternehmen beschäftigt, drei von vier Erwerbstätigen verdanken ihren Arbeitsplatz mittelständischem Unternehmergeist.

Der Mittelstand hat nicht nur eine lange und erfolgreiche Historie im förderalen Deutschland, er sichert auch Zukunft: Etwa 1,2 Millionen junge Menschen haben im zurückliegenden Jahr eine Ausbildung in mittelständischen Unternehmen absolviert, neun von zehn Auszubildenden werden im Mittelstand geschlossen. Die hervorragenden Ausbildungsleistungen hin zu qualifiziertem Fachpersonal sind mitverantwortlich für den exzellenten Ruf, welchen der deutsche Mittelstand weltweit genießt. Alleine Baden-Württemberg beheimatet über 270 Weltmarktführer, welche aufgrund ihres hohen Spezialisierungsgrades kaum einer breiten Masse bekannt sind und daher als „Hidden Champions“ bezeichnet werden.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1865 begleitet die Volksbank Stuttgart eG als Bank des Mittelstandes diese Erfolgsgeschichte. Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte die Volksbank Stuttgart eG – trotz großer Kapitalmarktverwerfungen – ihr Geschäftsvolumen weiter steigern und damit ihre gute Marktstellung sichern. Das Wachstum der Kundenforderungen um 2,4 Prozent auf 3,80 Milliarden Euro wurde dabei neuerlich von gewerblichen Investitionen und dem privaten Immobiliensektor getragen. Der Anstieg der Kundeneinlagen um 6,8 Prozent auf 5,22 Milliarden Euro ging weitgehend auf die Sparleistungen von Kleinanlegern zurück. Er spiegelt das Vertrauen der Menschen in ihre Volksbank in eindrucksvoller Weise wider.

Mit einem Bilanzzuwachs von 6,3 Prozent auf 6,47 Milliarden Euro baute die Volksbank Stuttgart eG ihre Stellung als größte Volksbank in Baden-Württemberg weiter aus. Zu dieser Steigerung trug auch die Bündelung der genossenschaftlichen Kräfte durch die Zusammenschlüsse mit der Kerner Volksbank eG und der

VR-Bank Weinstadt eG bei. Dank eines guten Gesamtergebnisses konnte die Volksbank Stuttgart eG ihre Eigenmittel im Jahr 2016 weiter aufstocken; die Eigenmittelquote erhöhte sich auf stattliche 17,4 Prozent.

Das hohe Kundenvertrauen in die Volksbank Stuttgart eG wurde 2016 durch die Ergebnisse einer Befragung des Instituts für Vermögensaufbau in Zusammenarbeit mit der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V. und dem Marktforschungsinstitut Deutschland Test bestätigt. Mit einer durchschnittlichen Kundenzufriedenheitsnote von 1,91 erhielt die Volksbank Stuttgart eG die Auszeichnung „Herausragende Kundenzufriedenheit 2016“. Hohes Vertrauen und eine enge Bindung an ihre Bank drückt sich auch in der Anzahl der Mitglieder aus, die die Volksbank Stuttgart eG im 151. Jahr ihres Bestehens auf 164.638 (+ 1,2 Prozent) erhöhen konnte.

Auszeichnungen gab es 2016 nicht nur für die Kundenzufriedenheit, sondern auch für die Mitarbeiterzufriedenheit. Focus Business listete die Volksbank Stuttgart eG als einen der beliebtesten Arbeitgeber des Landes.

Mit Herzblut im Zentrum der Region - wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr tägliches Engagement und das in 2016 Geleistete. Unser Dank gilt in besonderem Maße unseren Mitgliedern und Kunden, die uns voller Vertrauen durch ein schwieriges Finanzjahr begleitet haben. Ihre Zufriedenheit bleibt unser Antrieb.

Dem Aufsichtsrat der Volksbank Stuttgart eG, der im abgelaufenen Geschäftsjahr die Geschäftsführung des Vorstands entsprechend den gesetzlichen und satzungsgemäßen Vorschriften überwacht und beratend begleitet hat, gilt unser Dank für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Dank gebührt auch den Mitgliedern der regionalen Kundenbeiräte für deren Engagement und vielfältigen Impulse.

Stuttgart, im März 2017

Hans R. Zeisl

Herbert Schillinger

Thomas Weismann

Vorstand.



Thomas Weismann

Mitglied des Vorstands
verantwortlich für die Geschäftsbereiche Gesamtbanksteuerung, Interne Revision, Personalmanagement sowie das Beauftragtenwesen

Hans Rudolf Zeisl

Vorstandsvorsitzender
verantwortlich für die Geschäftsbereiche Bauen-Wohnen-Versichern, Firmenkunden, Private Banking, Privatkunden, Vertriebsmanagement, Vorstandsstab sowie die Abteilung Kapitalmarkt/Treasury

Herbert Schillinger

Mitglied des Vorstands
verantwortlich für die Geschäftsbereiche Interner Service, Kreditmanagement, Marktfolge Aktiv, Marktfolge Passiv/Zahlungsverkehr, Organisation / IT

Aufsichtsrat.

Rainer Schenk ²
Vorsitzender
Diplom-Volkswirt
Wirtschaftsprüfer/Steuerberater

Albrecht Merz ²
stellv. Vorsitzender
Bankdirektor i.R.

Albrecht Merz ³
Vorsitzender
Bankdirektor i.R.

Dr. Peter Maser ³
erster stellv. Vorsitzender
Rechtsanwalt
Geschäftsführer

Barbara Basalla ³
zweite stellv. Vorsitzende
Steuerberaterin

Herbert Äckerle
Diplom-Ingenieur

Rainer Heidenwag ²
Diplom-Kaufmann
geschäftsf. Gesellschafter

Klaus Pfisterer
Diplom-Verwaltungswirt

Andreas Basler ^{1,3}
Bankkaufmann
Bankangestellter

Werner Hinderer ²
Fleischermeister

Doris Rietheimer ¹
Bankkauffrau
Bankangestellte

Jochen Bendig ¹
Gen. Bankbetriebswirt (WGAH)
Bankangestellter

Klaus Jung ^{1,2}
Bankkaufmann
Bankangestellter

Markus Schäfer ¹
Bilanzbuchhalter International IHK
Bankangestellter

Thomas Bischoff ⁴
Diplom-Kaufmann
Bereichsleiter

Bernd Klingel
Diplom-Ingenieur (BA)
Geschäftsführer

Anja Schiegl
Diplom-Ökonomin

Jörg Bürkle
Diplom-Kaufmann
geschäftsf. Gesellschafter

Thomas Maier ^{1,2}
Gen. Bankbetriebswirt (WGAH)
Bankangestellter

Andrea Schneider ²
Diplom-Kaufmann
Steuerberaterin

Wolfgang Dußling ¹
Diplom-Betriebswirt (FH)
Bankangestellter

Dr. Peter Maser ²
Rechtsanwalt
Geschäftsführer

Jutta Talmon Gros ²
Geschäftsführerin

Rudi Eisemann
Techniker
geschäftsf. Gesellschafter

Dr. Florian Mehl ³
Geschäftsführer

Uwe Turß ¹
Facharbeiter für BMSR-Technik
Bankangestellter

Dr. Tobias Eisenmann ²
Rechtsanwalt

Dr. Gisela Meister-Scheufelen

Volker Hagenmeyer ^{1,2}
Gen. Bankbetriebswirt
(MGB-WGAH)
Bankangestellter

Claus Munkwitz ²
Hauptgeschäftsführer

¹ von den Arbeitnehmern gewählt

² bis 25.04.2016, ³ ab 25.04.2016, ⁴ ab 30.06.2016

Regionalbeiräte.

BAD CANNSTATT

Gerhard Veyhl
Vorsitzender

Werner Ernst
stellv. Vorsitzender

Wilhelm Bauer
Alexander Gläser
Stefanie Gottschick-Rieger
Peter Hasmann
Matthias Knisel
Hans-Peter Louis
Jürgen Maier
Helmut Siegloch
Wolfgang Thie
Dr. Rolf Zondler

FILDER

Andreas Schrade
Vorsitzender

Dr. Christel Dauster
stellv. Vorsitzende

Fiona J. Beenker
Oliver Cantz
Ulrike Daughschieß
Peter Esslinger-Deitermann
Matthias Filbinger
Matthias Gaebler
Birgit Glos
Volker Haisch
Stephan Mache

FEUERBACH

Dr. Jörg Schaible
Vorsitzender

Werner Otto Schwarz
stellv. Vorsitzender

Uwe Deyle
Gerhard Grohs
Christoph Gulde
Thomas Hild
Sonja Merkle
Peter Scheu
Klaus Stumpp
Jutta Talmon Gros
Heinz Widmann
Jürgen Willi Zeeb

STUTTGART-MITTE

Mattias Mußler
Vorsitzender

Michael Euchner
stellv. Vorsitzender

Jochen Bayer
Werner Fieß
Dr. Susanne Glaser-Gallion
Dr. Katrin Konzelmann
Veit Mathauer
Christina Müller-Egeler
Claus Munkwitz
Alfred Roller
Prof. Dr. Mini Schulz
Jan Tenné
Ulrich Wecker
Martina Zinser

FELLBACH/KERNEN

Dietmar Schmid
Vorsitzender

Gabriele Kurz
stellv. Vorsitzende

Stefan Altenberger
Fritz Aupperle
Frieder Berger
Rüdiger Borck
Ralf Büttner
Beate Daubenschmid
Bettina Futschik
Wolfgang Grieshammer
Herbert Hagenlocher
Helmut Heissenberger
Rolf-Dieter Hess
Harald Hoffmann
Jonas Huber
Volker Kurz
Frank Rauleder
Rainer Schenk
Lothar Schmid
Werner Schmid
Volker Schulz
Katrin Wenger
Susanne Zerweck-Locher
Walter Zimmer

SCHORN DORF

Dr. Ferdinand Scholl
Vorsitzender

Christoph Sugg
stellv. Vorsitzender

Sabine Brennenstuhl
Werner Hinderer
Brigitte Klotz
Thomas Kurz
Bernd Lukatsch
Klaus Mayer
Nina Mayerle
Rudolf Mucz
Wolfgang Müller
Hartmut Pfeil
Roland Schanbacher
Michael Seibold
Prof. Christof Wolfmaier

WAIBLINGEN

Ullrich Villinger
Vorsitzender

Marianne Reyhing
stellv. Vorsitzende

Andreas Bayer
Werner Fischer
Cornelia Frank-Grotz
Dr. Dunja Grettenberger
Ulrich Hellerich
Ralf Klute
Matthias Kuhnle
Stefanie Laubengeiger
Brigitte Lindemann
Jörg Löffler
Herbert Müller
Jochen Müller
Jürgen Müller
Willi Müller
Werner Munz
Stephan Notter
Harald Sauter
Karl-Heinz Schubert
Robert Singer
Doris Wallner
Philip Zeisler
Ulrich Zerrer
Josef Zwitteringer

WEINSTADT

Ursula Rittberger
Vorsitzende

Wolfgang Schäfer
stellv. Vorsitzender

Jürgen Bauer
Edgar Bäuerle
Andreas Brukner
Markus Dannenmann
Sabine Dippon
Dirk Dlapal
Prof. Dr. Michael Dostal
Gerhard Ehmann
Andrea Ehrenmann
Yvonne Ellwanger
Roland Engelhardt
Joachim Hammer
Simon Hayler
Dr. Bernhard Hermann
Thomas Lenz
Karl Mangold
Claus Mannschreck
Gerhard Mödinger
Thomas Muz
Dietmar Reichert
Bärbel Schreiber
Eberhard Siegle
Stephanie Staudenmayer
Armin Zimmerle

WINNENDEN

Jürgen Kiesel
Vorsitzender

Tobias Maurer
stellv. Vorsitzender

Reiner Ackermann
Eberhard Aupperle
Petra Börner
Ottmar Escher
Gerd Feess
Richard Fischer
Rolf Glück
Rolf Hahn
Jürgen Hanig
Rainer Heidenwag
Thomas Kaysser
Marco Kelch
Gerhard Kienzle
Bernd Krautter
Thomas Laible
Peter Langer
Ruth Laube
Domenica Müller
Silvia Negele
Marianne Römer
Klaus Rommel
Andrea Schneider
Bernd Sommer
Dr. Werner Vollmer
Ingrid Wagner

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2016 DER VOLKSBANK STUTTGART EG

Die Volksbank Stuttgart eG ist Mitglied im Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband e.V. (bwgv), Karlsruhe, sowie im Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR), Berlin.

Das Geschäftsgebiet der Volksbank Stuttgart eG erstreckt sich auf den Großraum Stuttgart sowie den Rems-Murr-Kreis und ist zentral in die Region Stuttgart eingebettet. Die Region Stuttgart ist von einer hohen Konkurrenz- und Wettbewerberdichte von regionalen und überregionalen Filial- und Direktbanken mit einem breiten Geschäftsstellennetz geprägt, die zu einer überdurchschnittlich hohen Wettbewerbsintensität in unserem Geschäftsgebiet führt.

Sitz der Volksbank Stuttgart eG ist die Börsenstraße 3 in Stuttgart. Das Geschäftsgebiet ist in neun Regionaldirektionen aufgegliedert. Mit 75 Filialen, 21 Selbstbedienungsfilialen sowie 15 Automatenzweigstellen ist die Volksbank Stuttgart eG nahezu flächendeckend im Geschäftsgebiet vertreten.

I. Geschäftsverlauf

1. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Das Marktumfeld im Geschäftsjahr 2016 war von geopolitischen Krisen und bedeutenden politischen Ereignissen geprägt. Am Jahresanfang wurden die Märkte zunächst durch das rückläufige Wirtschaftswachstum in China, der zweitgrößten Volkswirtschaft der Erde, und möglichen negativen Folgen für die Weltkonjunktur stark verunsichert. Dies führte Mitte Februar zu einem Einbruch beim Dax um rund 2.000 Punkte auf den Jahrestiefstand von 8.750 Punkten.

Die Flüchtlingskrise setzte sich in 2016 zunehmend fort. Anfang März einigten sich die Europäische Union (EU) und die Türkei auf Milliardenhilfen und politische Zugeständnisse im „Tausch gegen eine Reduzierung der Flüchtlingszahlen“.

Am 23. Juni 2016 stimmte Großbritannien in einem Referendum über den Verbleib in der Europäischen Union überraschend für den Austritt („Brexit“). Der befürchtete Konjunkturunbruch blieb aus. Die ökonomischen Auswirkungen des „Brexits“ sind aktuell noch nicht bewertbar.

In Spanien ist nach den Wahlen Ende 2015 in 2016 zunächst keine Regierungsbildung gelungen. Auch die Neuwahlen am 26. Juni 2016 brachten keine klaren Mehrheitsverhältnisse. Der geschäftsführende Ministerpräsident Mariano Rajoy war im September erneut mit einer Regierungsbildung gescheitert. Erst nach zehn Monaten ohne eine handlungsfähige Regierung hatte das spanische Parlament Ende Oktober erneut Mariano Rajoy zum Ministerpräsidenten gewählt.

Mitte Juli scheiterte ein Putschversuch des türkischen Militärs. Seitdem regiert der türkische Staatspräsident Erdogan per Notstandsdekret. Unzählige Verhaftungen wurden vorgenommen, Grundrechte wie die Versammlungs- und die Pressefreiheit wurden eingeschränkt, Ausgangssperren verhängt und Medienberichterstattungen kontrolliert bzw. verboten. Innerhalb der Europäischen Union bestehen hohe Divergenzen bezüglich der politischen Ausrichtung gegenüber

der Türkei. Einige Länder fordern die sofortige Unterbrechung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

Am 8. November 2016 gewann der Republikaner Donald Trump überraschend die Wahl zum Präsidenten der USA. Die Folgen der politischen Neuausrichtung der USA sind noch nicht abschließend bewertbar. Trump hatte im Wahlkampf angekündigt, die US-Wirtschaft mit einer protektionistischen Handelspolitik zu stützen und den Wettbewerb zu beschränken. Ökonomen schließen negative Folgen für das Wirtschaftswachstum, insbesondere von Exportnationen wie Deutschland, nicht aus.

Unverändert dauert der bewaffnete Konflikt in der Ostukraine an. Auf dem Ministertreffen Ende November 2016 konnten sich die Außenminister der Ukraine und Russland nicht über einen Zeitplan für die Umsetzung der Minsker Friedensvereinbarung einigen. Daraufhin drohten die G7-Staaten Russland mit weiteren Wirtschaftssanktionen. Auch beim Krieg in Syrien mit seinen komplexen Verflechtungen und Interessen im Spannungsfeld zwischen Russland, der Türkei, Iran, Saudi-Arabien sowie der Europäischen Union und den USA ist noch kein Ende abzusehen.

Am 4. Dezember 2016 stimmte Italien in einem Referendum gegen die von Ministerpräsident Matteo Renzi vorgeschlagene umfassende Verfassungsreform. Daraufhin hatte Matteo Renzi seinen Rücktritt erklärt, wodurch dem Land nunmehr weitere politische Unsicherheiten drohen. Ergänzend dazu steht die Stabilisierung des italienischen Bankensektors im Fokus der Märkte. Die italienische Regierung hatte einen Fonds in Höhe von 20 Milliarden Euro für die Kapitalisierung der angeschlagenen Banken aufgelegt. Die EU-Kommission hat bereits zugestimmt, obwohl der im Rahmen der Bankenunion beschlossene einheitliche EU-Abwicklungsmechanismus (SRM) zunächst eine Inanspruchnahme der Eigentümer und Gläubiger bei der Abwicklung von insolventen Banken vorsieht. Beide Sachverhalte werden mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Ausweitung der Risikoaufschläge für italienische Staatsanleihen führen.

Trotz der (geo-)politischen Krisen und den andauernden Unsicherheiten zeigten sich die Finanzmärkte im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt stabil, wobei die Entwicklung von hohen Volatilitäten geprägt war. So sind die Rohstoffpreise Anfang 2016 signifikant gesunken. Zeitweise notierte der Ölpreis unter 30 Dollar pro Barrel. Dies führte im April zu einer Inflationsrate unter der Null-Prozent-Marke. In den Folgemonaten stieg die Teuerungsrate dann wieder, da sich die dämpfende Wirkung der Energiepreise mehr und mehr abschwächte. Zum Jahresende lag die Inflationsrate dann mit 1,7 % so hoch wie seit Sommer 2013 nicht mehr.

Durch die niedrige Inflationsrate hat die Europäische Zentralbank (EZB) in 2016 ihre extrem expansive Geldpolitik weiter ausgeweitet. So wurde im März 2016 der Hauptrefinanzierungssatz auf ein neues historisches Tief von 0,0 % gesenkt. Der Zinssatz für die Einlagefazilität wurde ebenfalls auf ein neues Allzeittief in Höhe von -0,40 % gesenkt. Parallel dazu wurde das Volumen des EZB-Wertpapierankaufprogramms um 20 Mrd. EUR auf 80 Mrd. Euro pro Monat angehoben.

Die erhöhte Nachfrage der EZB nach Staatsanleihen aus dem Euroraum und die politisch fragile Lage in Europa führten in den ersten acht Monaten zunächst zu stark sinkenden Renditen. Nach dem britischen

Referendum notierten die Zinssätze für 10-jährige Bundespapiere im Juli auf dem Allzeittief von -0,18 %. Auch bei der Swap-Kurve lagen die Renditen zwischen -0,35 % (1 Jahr) und +0,20 % (10 Jahre) deutlich im negativen Bereich. Ende des Jahres waren dann insbesondere bei den längeren Laufzeiten deutliche Zinssteigerungen zu beobachten. Ob es sich dabei um kurzfristige Verwerfungen oder bereits um eine Trendwende handelt, ist aktuell noch nicht bewertbar. Dies auch vor dem Hintergrund, dass der EZB-Rat das monatliche Kaufvolumen in der Dezembersitzung zwar auf 60 Mrd. Euro reduziert, aber die Laufzeit des Kaufprogramms vorerst bis zum Jahresende 2017 verlängert hat. Gleichzeitig wurden die Regeln für das Wertpapierankaufprogramm gelockert.

Die hohen Volatilitäten an den Finanzmärkten spiegelten sich auch im Eurokurs wider. Zunächst konnte der Euro deutlich zulegen. Das Jahreshoch gegenüber dem Dollar erreichte der Euro trotz der Unsicherheiten über den Ausgang des britischen Referendums und der expansiven EZB-Politik am 3. Mai 2016 mit einem Kurs von 1,16 US-Dollar. Im Sommer führten dann die divergierenden Geldpolitiken der EZB und der amerikanischen Notenbank und das überraschende Votum der Bürger in Großbritannien zu einem Kursrückgang unter die Marke von 1,10 US-Dollar. Nach dem überraschenden Ausgang der US-Wahl sank der Euro-Dollar Kurs dann bis zum Jahresende auf 1,05 US-Dollar und notierte etwa 3 US-Cent unter dem Vorjahresstand.

Der DAX hat sich nach dem deutlichen Kursrutsch im Februar durch die positiven Konjunkturerwartungen und die lockerere Geldpolitik der EZB bis Mitte des Jahres wieder erholt. Unsicherheiten über die weitere Entwicklung der amerikanischen Notenbankpolitik und dem Ausgang der US-Präsidentenwahl dämpften bis November den Optimismus an den Aktienmärkten. Erst nach der US-Wahl änderte sich das Klima an den Börsen. Steigende Konjunkturerwartungen in den USA sowie die Verlängerung des EZB-Anleiheaufkaufprogramms beflügelten den DAX bis zum Jahresende, der letztendlich mit einem Jahresendstand von 11.481 Punkten und einem Zuwachs von 6,9 % schloss.

Insgesamt zeigen sich die aktuellen konjunkturellen Rahmenbedingungen in Deutschland trotz der bestehenden Unsicherheiten und Krisen stabil. Die deutsche Wirtschaft blieb in 2016 auf Wachstumskurs. Nach ersten amtlichen Angaben erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt um 1,9 % nach einer Steigerung von 1,7 % im Vorjahr. Zentraler Treiber der konjunkturellen Entwicklung waren erneut die privaten Konsumausgaben, die durch den weiteren Beschäftigungsaufbau, der niedrigen Arbeitslosigkeit und den Reallohnzuwächsen um 2,0 % gestiegen sind. Auch die Ausgaben des Staates wurden erheblich ausgeweitet. Das Außenhandelsgeschäft der deutschen Wirtschaft entwickelte sich eher verhalten. Die Exporte und Importe stiegen durch das schwierige internationale Umfeld mit Wachstumsraten von 2,5 % und 3,4 % geringer als im Vorjahr (+5,2 % und +5,5 %).

Gemäß Angaben der Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammer (BWIHK) setzte die Wirtschaft in Baden-Württemberg ihren Aufwärtstrend trotz der politischen Unwägbarkeiten weiter fort. Die konjunkturelle Dynamik entwickelte sich jedoch auf niedrigem Niveau. In nahezu allen Branchen hat sich die Zufriedenheit in 2016 weiter erhöht. Dies ist auch auf die günstigen Finanzierungsbedingungen zurückzuführen.

Die 193 Volksbanken und Raiffeisenbanken in Baden-Württemberg haben in 2016 erneut ein erfolgreiches Geschäftsergebnis erzielt. Zum 31. Dezember 2016 wies die Gruppe eine Bilanzsumme von 151,9 Mrd. Euro (+4,3 %) aus. Die Kundenforderungen erhöhten sich um 4,2 Mrd. Euro bzw. 4,8 % auf 91,1 Mrd. Euro. Die Kundeneinlagen sind um 5,5 Mrd. Euro bzw. 5,0 % auf 114,8 Mrd. Euro gestiegen.

2. Entwicklung der Volksbank Stuttgart eG

Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 erfolgte die Verschmelzung der Kerner Volksbank eG und der VR-Bank Weinstadt eG mit der Volksbank Stuttgart eG. Zur besseren Vergleichbarkeit des Geschäftsverlaufs wurden die Vorjahreswerte der drei Banken addiert, so dass fusionsbedingte Effekte neutralisiert werden.

Die geschäftliche Entwicklung im Berichtsjahr 2016 lag insgesamt im Rahmen unserer Planungen. Mit der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind wir zufrieden.

	Berichtsjahr		2015		Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
Bilanzsumme	6.464.503	6.082.145	382.358			6,3
Außerbilanzielle Geschäfte *)	426.936	395.428	31.508			8,0

*) Hierunter fallen die Posten unter dem Bilanzstrich 1 (Eventualverbindlichkeiten), 2 (Andere Verpflichtungen) und Derivatgeschäfte.

Die Bilanzsumme der Volksbank Stuttgart eG ist im Berichtsjahr 2016 um 6,3 % bzw. 383 Mio. Euro auf rund 6,5 Mrd. Euro gestiegen. Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf den deutlichen Zuwachs bei den Kundeneinlagen zurückzuführen. Bei den außerbilanziellen Geschäften handelt es sich um Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen, Derivatgeschäfte sowie unwiderprüfliche Kreditzusagen. Diese sind insgesamt um 8,0 % gestiegen.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr		2015		Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
Kundenforderungen	3.879.983	3.789.189	90.794			2,4
Wertpapiieranlagen	1.753.275	1.448.516	304.759			21,0
Forderungen an Kreditinstitute	295.251	358.564	-63.313			-17,7

Im Berichtsjahr 2016 sind die Kundenforderungen um 91 Mio. Euro bzw. 2,4 % auf 3,9 Mrd. Euro gestiegen. Die Erhöhung ist überwiegend auf die Kreditnachfrage bei Unternehmen und wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen zurückzuführen. Diese erhöhten sich um 3,9 % auf 1,8 Mrd. Euro. Die Kreditzuwächse im Firmenkundengeschäft resultierten hauptsächlich aus der Finanzierung von gewerblichen Immobilien sowie Ersatz- und Neuinvestitionen im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung. Im Privatkundengeschäft waren vor dem Hintergrund des historischen niedrigen Zinsniveaus weiterhin Wohnungsbaukreditlinien mit langfristigen Zinsbindungen gefragt. Im Privatkundengeschäft blieb das Kreditvolumen in der Gesamtbetrachtung nahezu konstant, d.h. die Kreditneuausreichungen lagen nur knapp über den Tilgungen und Sondertilgungen, die durch

das historisch niedrige Zinsumfeld begünstigt wurden. Der Anstieg der Kundenforderungen entfällt mit 24,2 Mio. Euro auf die Umwidmung von Vorsorgereserven nach § 340f HGB in den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB im Hinblick auf die Stärkung des aufsichtsrechtlichen harten Kernkapitals der Bank.

Im Eigengeschäft hat sich der Bestand an Wertpapieren insbesondere durch die gestiegenen Kundeneinlagen und durch Umschichtungen aus den Forderungen gegenüber Kreditinstituten deutlich um 305 Mio. Euro auf 1,8 Mrd. Euro (+21,0 %) erhöht. Bei den Forderungen an Kreditinstitute handelt es sich im Wesentlichen um Tages- und Termineinlagen bei der DZ BANK AG.

Passivgeschäft	Berichtsjahr		2015		Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	517.411	501.589	15.822	3,2		
Spareinlagen	1.542.015	1.564.540	-22.525	-1,4		
andere Einlagen	3.673.761	3.319.319	354.442	10,7		
verbriefte Verbindlichkeiten	617	3.421	-2.804	-82,0		
nachrangige Verbindlichkeiten	539	4.594	-4.055	-88,3		

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind um 3,2 % auf 517 Mio. Euro gestiegen. Der Posten beinhaltet im Wesentlichen eigene Refinanzierungen von der DZ BANK AG, Weiterleitungskredite für unsere Kunden sowie gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank.

Die bilanziellen Kundeneinlagen haben sich insgesamt um 332 Mio. Euro bzw. 6,8 % auf 5,2 Mrd. Euro erhöht. Unverändert hält die Nachfrage unserer Kunden nach kurzfristigen Laufzeiten an. So ist die Erhöhung bei den anderen Einlagen um 354 Mio. Euro bzw. 10,7 % auf 3,7 Mrd. Euro auf den Zuwachs bei den täglich fälligen Einlagen zurückzuführen. Die Spareinlagen und die Einlagen mit vereinbarten Laufzeiten haben sich weiter reduziert.

Bei den verbrieften und nachrangigen Verbindlichkeiten handelt es sich ausschließlich um institutionelle Einleger. Diese werden planmäßig bei Fälligkeit zurückgeführt.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr		2015		Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	11.023	11.457	-434	-3,8		
Vermittlungserträge	8.085	8.599	-514	-6,0		
Erträge aus Zahlungsverkehr	16.765	16.640	125	0,8		

Im Dienstleistungsgeschäft haben sich die Erträge im Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäft gegenüber dem Vorjahr um 3,8 % reduziert. Durch das besondere Marktumfeld war bei den Kunden eine Zurückhaltung beim Kauf und Verkauf von festverzinslichen Wertpapieren zu verzeichnen. Dies führte dazu, dass insbesondere die Erträge aus dem Wertpapierkommissionsgeschäft unter dem Niveau des Vorjahres lagen. Bei den Bestandsprovisionen und den Erträgen aus dem Depotgeschäft konnten hingegen Zuwächse erreicht werden.

Der Rückgang bei den Vermittlungserträgen entfällt im Wesentlichen auf rückläufige Erträge aus der Vermittlung von Bausparverträgen. In den anderen Bereichen (Versicherungen, Kredite, sonstige Vermittlungen) konnte ein Ergebnis auf dem Vorjahresniveau erzielt werden.

Bei den Provisionserträgen aus Kontodienstleistungen und dem Zahlungsverkehr konnten die Ergebnisse aus dem Vorjahr gesteigert werden.

Die Vermittlung von Immobilien wird weitgehend über die Tochtergesellschaft „Volksbank Stuttgart Immobilien GmbH“ abgewickelt. Bei dieser konnte der Umsatz im Geschäftsjahr 2016 von 3,1 Mio. Euro auf 3,3 Mio. Euro gesteigert werden. Der an die Bank abgeführte Gewinn erhöhte sich dadurch von 1,3 Mio. Euro auf 1,4 Mio. Euro.

Investitionen

Ein Schwerpunkt der Investitionen im abgelaufenen Geschäftsjahr lag im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung. In diesem Zusammenhang wurden Personalcomputer und Laptops, Bildschirme, Geldautomaten, Ein- und Auszahlungsautomaten, Kontoauszugsdrucker sowie Geldzählmaschinen ausgetauscht. Darüber hinaus wurden Umbau- und Renovierungsmaßnahmen im Filialnetz vorgenommen sowie edv-gesteuerte Zutrittssysteme modernisiert bzw. installiert.

Personal- und Sozialbereich

Zum Jahresende 2016 beschäftigte die Volksbank Stuttgart eG insgesamt 1.131 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 728 Vollzeitbeschäftigte, 334 Teilzeitbeschäftigte, 64 Auszubildende und fünf Studenten der Dualen Hochschule Baden-Württemberg. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten liegt bei etwa 61 %.

29 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen derzeit Regelungen der Altersteilzeit in Anspruch. Davon befinden sich 15 Personen in der sogenannten Freistellungsphase. 48 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befinden sich in Elternzeit.

Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit aller Beschäftigten beträgt 18 Jahre. Das Durchschnittsalter liegt bei rund 43 Jahren. Die Fluktuationsrate in Höhe von 5 % ist gering.

Die Berufsausbildung von Jugendlichen hat für uns als regional verwurzelt mittelständisches Unternehmen einen hohen Stellenwert. Jedes Jahr beenden durchschnittlich 23 Auszubildende ihre Ausbildung mit dem Abschluss Bankkaufmann/-frau bzw. Finanzassistent/-in. Durchschnittlich absolvieren jedes Jahr drei Studenten/-innen ihren erfolgreichen Abschluss an der Dualen Hochschule als Bachelor of Arts (B.A.).

Unsere „Volksbank-Stuttgart-Akademie“ bildet die betriebliche Personalentwicklung ab. In den Aus- und Weiterbildungsprozessen sowie in der Führungsbegleitung werden Qualifizierungsthemen identifiziert, um die erforderlichen Handlungskompetenzen eines Mitarbeiters für die jeweilige Stellenfunktion nachhaltig zu sichern und weiter zu entwickeln. Im Sinne der Ganzheitlichkeit vernetzen wir unternehmerische Qualitätsziele, Bildungsbedarf, Mitarbeiterpotenziale und didaktische Lernmethoden.

Die Umsetzung des Bildungsangebots gestalten wir mit internen Fachreferenten und Trainern, mit Spezialisten und Coaches der Unternehmen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe, mit den genossenschaftlichen Bildungseinrichtungen in Karlsruhe, Stuttgart und Montabaur sowie externen Bildungsentwicklern.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden 4.150 interne und externe Schulungstage durchgeführt. Der Ausbildungs- und Schulungsaufwand lag insgesamt bei 1.022 TEUR.

Die berufsbegleitenden Qualifizierungsmaßnahmen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördern wir durch bezahlte Freistellungen und durch die Beteiligung an den Weiterbildungskosten.

Die Gesundheit unserer Mitarbeiter liegt uns am Herzen. Maßnahmen im Rahmen unseres betrieblichen Gesundheitsmanagements setzen wirkungsvolle Impulse und stärken die Eigenvorsorge nachhaltig. Unter anderem gelingt uns dies durch diverse Betriebssportaktivitäten, Informationsangebote zur Gesundheitsförderung sowie arbeitsplatzbezogene Vorsorgethemen.

Mitgliedschaften in der Sicherungseinrichtung des BVR sowie im Einlagensicherungssystem der BVR-Instituts-sicherung GmbH

Die Volksbank Stuttgart eG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.) angeschlossen. Mit der Zugehörigkeit zum Garantieverbund und durch die Abgabe einer Garantieerklärung hat die Bank eine Garantieverpflichtung gegenüber dem Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR) übernommen. Die Sicherungseinrichtung gewährt den Banken einen umfassenden Institutsschutz.

Darüber hinaus ist die Volksbank Stuttgart eG im Geschäftsjahr 2015 der neu gegründeten BVR-Institutsicherung GmbH beigetreten, die ein amtlich anerkanntes Einlagensicherungssystem darstellt und die Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) gemäß Einlagensicherungsgesetz erfüllt.

Dieses duale System des Institutsschutzes und der Einlagensicherung gewährleistet die Stabilität und das Vertrauen in die genossenschaftliche Bankengruppe.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr 2016

In der Vertreterversammlung der Volksbank Stuttgart eG sowie in den Vertreter- bzw. Generalversammlungen der ehemaligen Kerner Volksbank eG und der VR-Bank Weinstadt eG wurden die Beschlüsse über die Verschmelzungen der drei Banken rückwirkend zum 1. Januar 2016 gefasst. Übernehmender Rechtsträger ist die Volksbank Stuttgart eG. Die Eintragungen der Verschmelzungen in das Genossenschaftsregister erfolgten am 1. September 2016.

Die Volksbank Stuttgart eG beabsichtigt, in Stuttgart ein zentrales Verwaltungsgebäude zu errichten. In diesem Zusammenhang wurde im Dezember 2016 ein Grundstückskaufvertrag mit einer Bauverpflichtung für zwei Bürogebäude abgeschlossen.

II. Darstellung der Lage der Volksbank Stuttgart eG

1. Vermögenslage

Eine angemessene Eigenmittelausstattung zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit sowie als Bezugsgröße für verschiedene aufsichtsrechtliche Normen ist zentraler Bestandteil unserer Geschäftspolitik.

Das bilanzielle Eigenkapital sowie die Eigenmittelausstattung und die Kapitalquoten gemäß Art. 72 der Capital Requirements Regulation (CRR) stellen sich wie folgt dar:

	Berichtsjahr		2015		Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%	%
Eigenkapital laut Bilanz^{*)}	615.092	560.245	54.847	9,8		
Eigenmittel (Art. 72 CRR)	665.187	570.825	94.362	16,5		
Harte Kernkapitalquote	12,8 %	11,8 %				
Kernkapitalquote	13,8 %	13,0 %				
Gesamtkapitalquote	17,4 %	16,9 %				

*) Passivposten 9 (Nachrangige Verbindlichkeiten), 11 (Fonds für allgemeine Bankrisiken) und 12 (Eigenkapital). Die Vorjahreswerte hinsichtlich der aufgeführten Kennziffern und der Eigenmittel (Art. 72 CRR) betreffen ausschließlich die übernehmende Bank.

Das bilanzielle Eigenkapital hat sich durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB, vorgenommene Vorwegzuweisungen zu den Rücklagen im Rahmen des Jahresabschlusses 2016 und durch den verbleibenden Bilanzgewinn auf 615 Mio. Euro erhöht.

Die Eigenmittel gemäß Art. 72 CRR haben sich im Jahresverlauf 2016 auf 665 Mio. Euro erhöht. Der Anstieg ist insbesondere auf fusionsbedingte Zugänge sowie die Thesaurierung aus dem Jahresabschluss 2015 zurückzuführen. Im Rahmen von Basel III werden verschiedene Bestandteile im Kern- und Ergänzungskapital schrittweise bis 2022 nicht mehr als Eigenmittel anerkannt („Grandfathering“). Diese Abschmelzungseffekte lagen im Berichtsjahr 2016 in der Größenordnung von 22 Mio. Euro. Dennoch haben sich die Eigenmittelrelationen gegenüber dem Vorjahr verbessert.

Die Anforderungen an die Eigenmittelausstattung aus den Bestimmungen der CRR und dem Kreditwesengesetz (KWG) wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 deutlich übererfüllt. In den kommenden Jahren werden sich die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen qualitativ und quantitativ schrittweise weiter erhöhen. Die Volksbank Stuttgart eG erfüllt heute bereits die ab 2019 geltenden Anforderungen.

Zur Stärkung unseres harten Kernkapitals haben wir im Geschäftsjahr 2016 Vorsorgereserven nach § 340f HGB in Höhe von 24,2 Mio. Euro in den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB umgewidmet.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat im Dezember 2016 eine Allgemeinverfügung zur Berücksichtigung des Zinsänderungsrisikos im Anlagebuch bei der Eigenmittelausstattung für die weniger bedeutenden deutschen Institute (Less Significant Institutions) erlassen. Da die Volksbank Stuttgart eG noch keinen

bestandskräftigen Bescheid im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process) erhalten hat, werden die Zinsänderungsrisiken in 2017 auf dieser Basis mit Eigenmitteln unterlegt.

Die langfristige Entwicklung der Eigenmittel für die kommenden sechs Geschäftsjahre wird jährlich im Kapitalplanungsprozess gewürdigt. Dieser kommt unter Berücksichtigung der Allgemeinverfügung zum Ergebnis, dass die erhöhten Anforderungen an die Eigenmittelausstattung erfüllt werden.

2. Kundenforderungen

Unser Geschäftsgebiet ermöglicht eine ausgewogene branchen- und größenklassenbezogene Streuung der Kundenforderungen. Der Anteil der Kundenkredite an der Bilanzsumme beträgt 60 %. Das Kundenkreditportfolio setzt sich zu 45,9 % aus Forderungen gegenüber Unternehmen und wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen sowie öffentlichen Haushalten zusammen. Auf Kredite an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen sowie Organisationen ohne Erwerbszweck entfallen 54,1 %.

Die Forderungen an Kunden haben wir zum Jahresende 2016 wieder mit besonderer Vorsicht bewertet. Akuten und latenten Ausfallrisiken stehen angemessene Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, Rückstellungen, Vorsorgereserven nach § 340f HGB sowie der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB gegenüber. Die günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen führten insgesamt zu einem positiven Bewertungsergebnis bei den Kundenforderungen.

3. Wertpapiieranlagen

Wertpapiieranlagen	Berichtsjahr		2015		Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	414.195	121.031	293.164	242,2		
Liquiditätsreserve	1.339.080	1.327.485	11.595	0,9		

Der Wertpapierbestand hat einen Anteil von 27 % an der Bilanzsumme. Das Portfolio ist im Hinblick auf Emittenten, Größenklassen und Fälligkeiten breit gestreut. 99 % der Wertpapiieranlagen sind im Investmentgrade-Bereich geratet.

Bezüglich der Anlageklassen besteht ein Schwerpunkt in Schuldverschreibungen und anderen verzinslichen Wertpapieren, die zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 82 % des Wertpapierbestandes ausmachen. Weitere 17 % des Wertpapierportfolios wurden in Fonds und 1 % wurde in strukturierte Kreditprodukte investiert.

Bei den Fonds entfällt ein Volumen in Höhe von 285 Mio. Euro auf einen Spezialfonds (Sondervermögen nach § 1 Abs. 6 KAGB). Dieser wird von der Union Investment Institutional GmbH verwaltet. Es handelt sich hierbei um einen Mischfonds mit einem Anlage-schwerpunkt in rentenorientierte Anlagen. Aktienorientierte Anlagen dienen der Beimischung.

Sämtliche Wertpapiere im Anlagevermögen und in der Liquiditätsreserve wurden wie im Vorjahr nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

4. Finanz- und Liquiditätslage

Die Kundeneinlagen übersteigen die Kundenforderungen um 1,3 Mrd. Euro. Damit profitiert unsere Finanz- und Liquiditätslage von einer vom Interbankengeschäft weitgehend unabhängigen Refinanzierungsstruktur.

Die Zahlungsfähigkeit der Volksbank Stuttgart eG war auch im Geschäftsjahr 2016 jederzeit gegeben. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen im Hinblick auf die Liquiditätskennzahl gemäß § 2 Abs. 1 LiqV sowie die Liquidity Coverage Ratio (LCR) wurden stets eingehalten. Zum Bilanzstichtag wurde die LCR mit einer Deckungsquote von 155 % deutlich übererfüllt. Ebenso wurden die Mindestreservvorschriften erfüllt.

Aufgrund der guten Liquiditätslage sowie der Einbindung in den genossenschaftlichen Liquiditätsverbund gehen wir davon aus, dass auch in den kommenden Jahren nicht mit einer Beeinträchtigung der Zahlungsfähigkeit zu rechnen ist.

5. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Erfolgskomponenten	Berichtsjahr		2015		Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	131.539	137.189	-5.650	-4,1		
Provisionsüberschuss ²⁾	35.729	36.869	-1.140	-3,1		
Rohergebnis aus Warenverkehr und Nebenbetrieben	574	577	-3	-0,5		
Verwaltungsaufwendungen	107.662	107.952	-290	-0,3		
a) Personalaufwendungen	70.459	69.840	619	0,9		
b) andere Verwaltungsaufwendungen	37.203	38.112	-909	-2,4		
Betriebsergebnis vor Bewertung ³⁾	56.872	54.375	2.497	4,6		
Bewertungsergebnis ⁴⁾	18.506	-1.152	19.658	***,*		
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	75.379	53.223	22.156	41,6		
Steueraufwand	15.557	16.816	-1.259	-7,5		
Einstellung in den Fonds für allgemeine Bankrisiken	36.137	12.887	23.250	180,4		
Jahresüberschuss	23.684	23.520	164	0,7		

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

2) GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

3) Saldo aus den GuV-Posten 1 bis 12

4) Saldo aus den GuV-Posten 13 bis 16

Der Zinsüberschuss hat sich um 5,7 Mio. Euro bzw. 4,1 % auf 131,5 Mio. Euro reduziert. Der Rückgang ist in hohem Maße auf das aktuelle Marktumfeld mit einem historisch niedrigen Zinsniveau und negativen Renditen zurückzuführen. Im Interbankengeschäft müssen bei der Deutschen Bundesbank und bei der Zentralbank negative Zinsen für Einlagen bezahlt werden. Fällige Kundenkredite und bankeigene Anlagen konnten im aktuellen Zinsumfeld nur auf

einem deutlich niedrigeren Niveau prolongiert werden. Gleichzeitig werden „Negativzinsen“ (Verwahrentgelte) derzeit nur bei ausgewählten institutionellen Einlegern in Rechnung gestellt. Volumenszuwächse im Eigen- und Kundenkreditgeschäft haben sich positiv auf den Zinsüberschuss ausgewirkt. Darüber hinaus ist das Zinsergebnis durch die Aufwendungen für die vorzeitige Rückzahlung von Refinanzierungsdarlehen in Höhe von 2,7 Mio. Euro (Vorjahr 1,0 Mio. Euro) belastet.

Beim Provisionsüberschuss wurde mit 35,7 Mio. Euro ein Ergebnis erzielt, das 1,1 Mio. Euro bzw. 3,1 % unter dem Vorjahresniveau liegt. Rückläufig waren insbesondere die Erträge aus dem Wertpapierkommissionsgeschäft und der Bausparvermittlung. Dies war in hohem Maße auf die Zurückhaltung unserer Kunden vor dem Hintergrund des aktuellen Marktumfeldes zurückzuführen. Die Rückgänge im Bereich der Avalprovisionen und bei den Erträgen aus Devisengeschäften konnten nicht vollumfänglich durch die gestiegenen Erträge aus den Bereichen Kontoführung, Zahlungsverkehr und Außenhandel kompensiert werden.

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 0,6 Mio. Euro bzw. 0,9 % auf 70,5 Mio. Euro gestiegen. Die Erhöhung ist hauptsächlich auf Effekte im Rahmen der teilweisen Auslagerung von Pensionsverpflichtungen zurückzuführen, die hinsichtlich des ausgelagerten Past-Service-Aufwandes zu einem einmaligen Aufwand in Höhe von 3,4 Mio. Euro geführt hat. Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter sowie für soziale Abgaben haben sich im Berichtsjahr 2016 dagegen um 0,4 Mio. Euro reduziert.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Mio. Euro bzw. 2,4 % auf 37,2 Mio. Euro reduziert. Der höchste Rückgang war im Bereich der Aufwendungen für den Garantiefonds der BVR-Sicherungseinrichtung und der Beiträge für die BVR-Institutssicherung GmbH zu verzeichnen. Innerhalb der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen haben sich verschiedene kompensatorische Effekte ergeben. So konnten Steigerungen bei den Grundstücksaufwendungen und beim Portoaufwand durch Einsparungen bei den Prüfungs- und Beratungsaufwendungen sowie dem Aufwand für Dienstleistungen Dritter ausgeglichen werden. Die fusionsbedingten Mehraufwendungen im Geschäftsjahr 2016 lagen leicht unter den außerordentlichen Aufwendungen im Vorjahr (u.a. für das 150-jährige Jubiläum).

In der Gesamtbetrachtung haben sich die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen leicht um 0,3 Mio. Euro bzw. 0,3 % auf 107,7 Mio. Euro reduziert.

Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagenwerte und Sachanlagen haben sich um 2,6 Mio. Euro erhöht. Dieser Anstieg ist auf außerplanmäßige Abschreibungen wegen dauernder Wertminderung zurückzuführen.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich im Geschäftsjahr 2016 positive Effekte in Höhe von 9,1 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr ergeben. Dies ist im Wesentlichen auf gesetzliche Änderungen bei der Berechnung des Abzinsungssatzes für die Pensionsverpflichtungen zurückzuführen. Gleichzeitig konnten die sonstigen betrieblichen Erträge u.a. durch den Verkauf von Immobilien und Immobilienfonds um 2,4 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung hat sich um 2,5 Mio. Euro bzw. 4,6 % auf 56,9 Mio. Euro erhöht. Das in der Geschäftsstrategie definierte Ziel einer nachhaltigen Cost-Income-Ratio (CIR) von unter 70 % wurde mit 63,9 % (Vorjahr 66,4 %) übertroffen.

Die Bewertung der Kundenforderungen führte im Geschäftsjahr 2016 zu einem positiven Bewertungsergebnis in Höhe von 1,4 Mio. Euro (Vorjahr 5,1 Mio. Euro). Der Aufwand beim Bewertungsergebnis der Wertpapiereigenanlagen in Höhe von 7,1 Mio. Euro ist gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Mio. Euro gestiegen. Die Kurswertabschreibungen sind ausschließlich auf kurswertbedingte Veränderungen und nicht auf Bonitätsverschlechterungen zurückzuführen.

Das gesamte Bewertungsergebnis wird durch die Umwidmung von Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB in den Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB in Höhe von 24,2 Mio. Euro positiv beeinflusst. Da sich die Auflösung der Vorsorgereserven ertragserhöhend auswirkt, führt dies zu einem gegenüber dem Vorjahr deutlich verbesserten Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit um 22,2 Mio. Euro auf 75,4 Mio. Euro. Auch die gegenüber dem Vorjahr um 23,3 Mio. Euro erhöhte Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB ist auf die genannte Umwidmung von Vorsorgereserven zurückzuführen. Durch die Umwidmung wird das harte Kernkapital gestärkt und führt zu positiven Effekten bei den Eigenmittelrelationen.

Im Ergebnis liegt der Jahresüberschuss 2016 annähernd auf dem Vorjahresniveau und ermöglicht neben einer attraktiven Dividendenausschüttung eine angemessene Dotierung der Rücklagen.

Die Kapitalrendite (Jahresüberschuss nach Steuern im Verhältnis zur Bilanzsumme) hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht von 0,39 % auf 0,37 % reduziert.

6. Zinsänderungsrisiken

Im Rahmen der Steuerung der Zinsänderungsrisiken haben wir Standard- und Stress-Szenarien definiert, die die Zinsänderungsrisiken des gesamten zinstragenden Geschäftes über Mehrjahressimulationen aufzeigen.

Auf der Basis des Szenarios „konstante Zinsen und konstantes Geschäftsvolumen“ führen die negativen Effekte aus dem historisch niedrigen Zinsniveau mit negativen Renditen wahrscheinlich zu einem Rückgang des Zinsüberschusses in Höhe von rund 4,3 % in 2017. Bei diesen Simulationen sind Performanceentnahmen aus dem Spezialfonds nicht berücksichtigt. Die negativen Wiederanlageneffekte erhöhen sich im darauffolgenden Geschäftsjahr 2018 auf 13,1 %.

Das höchste Zinsänderungsrisiko in den beiden Folgejahren ergibt sich beim Zins-Szenario „fallend“. Bei Eintritt dieses Szenarios reduziert sich der Zinsüberschuss im Vergleich zum Berichtsjahr 2016 in 2017 um 10,9 % und in 2018 um 26,5 %.

Die „Basel II Kennziffer“, die das Vermögenswertrisiko bei einem Zinsschock von +200 BP im Verhältnis zu den Eigenmitteln darstellt, schwankte im abgelaufenen Geschäftsjahr zwischen 15,2 % und 21,2 %. Der Mittelwert lag bei 18,3 %.

Derivative Geschäfte im Eigeninteresse bestehen in sehr begrenztem Umfang. Sie dienen der Absicherung von Zinsänderungsrisiken im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung.

7. Währungsrisiken

Im Auftrag von Kunden getätigte Fremdwährungsanlagen und Fremdwährungsdarlehen werden weitestgehend geschlossen. Um mögliche Währungsrisiken zu begrenzen, wurden Strukturlimite für offene Währungspositionen festgelegt.

Im Rahmen der Risikoinventur 2016 wurden die Fremdwährungsrisiken insgesamt als „unwesentlich“ bewertet.

8. Eintritt der Prognosen des Vorjahres

Der Zinsüberschuss lag bei der fusionierten Betrachtung etwa 2,3 Mio. Euro unter dem Plan. Die Planabweichung ist darauf zurückzuführen, dass die Performance aus dem Spezialfonds nicht entnommen wurde, um die stillen Reserven der Volksbank Stuttgart eG für die Zukunft zu stärken.

Beim Provisionsüberschuss wurde das geplante Ergebnis nicht erreicht. Das negative Delta in Höhe von 2,0 Mio. Euro wurde im Wesentlichen durch tatsächlich geringere Erträge aus dem Wertpapiergeschäft, den Bausparprovisionen und den Provisionen aus der Kreditvermittlung verursacht. Die Gründe lagen im Spannungsfeld von ambitionierten Vertriebszielen und dem Kundenverhalten in einem von Niedrigzinsen und Volatilitäten geprägten Marktumfeld.

Im Bereich der Personal- und der anderen Verwaltungsaufwendungen lagen die tatsächlichen Aufwendungen jeweils unter dem geplanten Niveau. Im Ergebnis bewegten sich die gesamten Verwaltungsaufwendungen trotz verschiedener Sondereffekte etwa 1,1 Mio. Euro unter dem Planansatz.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen konnte ein Ergebnis generiert werden, das etwa 1,2 Mio. Euro über dem Planwert lag. Der Mehrertrag ist auf verschiedene außerplanmäßige Verkäufe von Immobilien und Immobilienfonds zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen etwa 7,0 Mio. Euro unter dem Planansatz. Dieser Sachverhalt ist auf eine Gesetzesänderung der handelsrechtlichen Vorschriften für die Bemessung von Pensionsrückstellungen zurückzuführen. Das Gesetz wurde erst im Laufe des Geschäftsjahres 2016 (26. Februar 2016) vom Bundesrat verabschiedet.

Das Bewertungsergebnis im Kundenkreditgeschäft ist um etwa 8,2 Mio. Euro besser ausgefallen, als geplant. Das positive Delta hängt mit dem vorsichtigen Planansatz auf Basis des erwarteten Verlustes bei der Bewertung der Kundenforderungen zusammen. Tatsächlich wurde ein positives Bewertungsergebnis in Höhe von insgesamt 1,4 Mio. Euro erzielt.

Die letzten beiden beschriebenen Sachverhalte führten maßgeblich dazu, dass das Betriebsergebnis nach Bewertung etwa 17,4 Mio. Euro über dem Planwert lag.

9. Zusammenfassende Beurteilung der Lage

Die Volksbank Stuttgart eG verfügt über eine solide Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Die Bilanzstruktur und die Vermögensverhältnisse sind geordnet, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Eigenmittel- und Liquiditätsausstattung werden erfüllt. Für erkennbare und latente Risiken bestehen angemessene Vorsorgen.

Die Risikotragfähigkeit war jederzeit gegeben. Für die Identifizierung, Messung und Steuerung der Risiken liegen bei der Volksbank Stuttgart eG angemessene Risikocontrolling- und Risikomanagementsysteme vor, die permanent weiterentwickelt werden.

Neben den im Lagebericht beschriebenen Risiken sind keine weiteren Risiken erkennbar, die die künftige Entwicklung der Bank wesentlich beeinträchtigen könnten. Insgesamt verfügt die Bank über eine sehr solide Basis zur Bewältigung der künftigen Herausforderungen im aktuellen Niedrigzinsumfeld und einem sich verschärfenden Bankenwettbewerb.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2016 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

III. Risikomanagement

Das Risikomanagementsystem ist integraler Bestandteil der Gesamtbanksteuerung. Als wesentliche Aufgaben verstehen wir die Identifizierung, Analyse, Bewertung und Steuerung der Risiken. Ziel ist die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit und die nachhaltige Existenzsicherung der Volksbank Stuttgart eG.

In der Risikostrategie sind die Grundsätze und die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems, das Risikoprofil der Bank, die Risikotoleranz des Vorstands und die Rahmenbedingungen für die Risikostrategie festgelegt. Sie ist in Teilstrategien gegliedert und bezieht sich auf die Risiken, die sich aus der Umsetzung der in der Geschäftsstrategie definierten Ziele ergeben. Für die Steuerung und Begrenzung der wesentlichen Risikoarten sind in der Risikostrategie verschiedene Einzel- und Strukturlimite festgelegt. Die Risikostrategie gibt in Verbindung mit den daraus abgeleiteten Arbeitsrichtlinien den übergeordneten Rahmen vor, der für die Mitarbeiter der Bank verbindlichen Charakter besitzt.

Die Grundzüge des Steuerungs- und Überwachungssystems, die identifizierten Risikoarten, die eingesetzten Instrumente, die Zuständigkeiten und der Turnus der Berichterstattung sind im Risiko- und Steuerungshandbuch dokumentiert. Die Überwachung der Risiken erfolgt durch das Risikocontrolling, das in den Bereich Gesamtbanksteuerung integriert ist. Die Organisationseinheit ist organisatorisch von den Marktbereichen getrennt und berichtet direkt dem Vorstand. Der Bereichsleiter Gesamtbanksteuerung nimmt die Leitung der Risikocontrolling-Funktion gemäß MaRisk wahr und wird bei wichtigen risikopolitischen Entscheidungen der Geschäftsleitung eingebunden.

Die systematische Identifizierung, Analyse und Bewertung aller Risiken erfolgt jährlich im Rahmen der Risikoinventur. Dabei wird zwischen quantifizierbaren und nicht quantifizierbaren Risikoarten unterschieden. Die Messung der quantifizierbaren Risiken erfolgt

soweit möglich mit den im genossenschaftlichen FinanzVerbund zur Verfügung stehenden Softwareinstrumenten. Für die nicht quantifizierbaren Risiken wird eine qualitative Bewertung durchgeführt. Alle zur Überwachung und Steuerung eingesetzten Methoden und Systeme werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit überprüft, weiterentwickelt und an neue Anforderungen angepasst.

Grundlage unserer Steuerungsphilosophie ist ein gewinn- und verlustrechnungsorientiertes Risikotragfähigkeitskonzept mit dem Ziel einer dauerhaften Sicherung der Unternehmensfortführung („Going-Concern-Ansatz“). Grundsätzlich beurteilen wir die Risikotragfähigkeit aus regulatorischer und betriebswirtschaftlicher Sicht. Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, wenn die wesentlichen Risiken durch die Risikodeckungsmasse bzw. das Gesamtbank-Risikolimit, unter Berücksichtigung von Risikokonzentrationen, laufend gedeckt sind.

Die Risikodeckungsmasse wird jeweils zum Jahresanfang ermittelt und setzt sich aus dem geplanten Ergebnis zuzüglich verschiedener Eigenmittelbestandteile zusammen. Hiervon werden für jede wesentliche Risikoart Erwartungswerte zum Abzug gebracht. Von der verbleibenden Risikodeckungsmasse werden der Kapitalbedarf für die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung, ein Puffer für das Sicherheitsbedürfnis des Vorstandes sowie der Mindestgewinn zum Abzug gebracht. Die Eigenmittelanforderungen für die Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch werden gemäß der Allgemeinverfügung berücksichtigt.

Ausgehend von der Risikodeckungsmasse wird das Gesamtbankrisikolimit für den Steuerungskreis („Risiko-Szenario“) festgelegt und auf die einzelnen Risikoarten verteilt. Diese begrenzen die eingegangenen Risiken für jede wesentliche Risikoart. Im Rahmen der Risikoinventur 2016 wurden Adressenausfallrisiken (einschließlich Beteiligungsrisiken), Marktpreisrisiken (einschließlich Zinsspannenrisiken), Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken als wesentliche Risikoarten identifiziert. Eine Besonderheit stellt die wesentliche Risikoart „Beteiligungsrisiko“ dar. Diese wird nicht limitiert, sondern über einen direkten Abzug von der Risikodeckungsmasse im Risikotragfähigkeitskonzept berücksichtigt. Bei Limitüberschreitungen regelt ein festgelegter Prozess die Maßnahmen zur Risikobegrenzung bzw. -tolerierung. Die Differenz aus dem Gesamtbankrisikolimit und der Risikodeckungsmasse entspricht der freien Risikotragfähigkeit. Diese dient der Abdeckung möglicher Limitüberschreitungen sowie von Planabweichungen.

Ergänzend zum Steuerungskreis werden monatlich Stresstests durchgeführt und der Risikodeckungsmasse für das „Stress-Szenario“ gegenübergestellt. Diese Ergebnisse fließen ebenfalls in die geschäftspolitischen Entscheidungen ein.

Ab der zweiten Jahreshälfte nehmen wir eine Folgejahrbetrachtung der Risikotragfähigkeit vor. Ergänzend führen wir jährlich einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess durch. Auf dieser Basis haben wir die Eigenmittelrelationen bis zum Geschäftsjahr 2022 ermittelt und bewertet. In diesem Zusammenhang wurde zusätzlich die Risikotragfähigkeit über den Betrachtungszeitraum von fünf Jahren gewürdigt. Um die Risikotragfähigkeit auch bei negativen Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds, die von den Erwartungen abweichen, bewerten zu können, wurde im Rahmen des Kapitalplanungsprozesses ergänzend ein adverses Szenario betrachtet.

In 2016 wurden im „Standard (Risiko)-Szenario“ („fusioniert“) für Adressenausfallrisiken Risikolimite in Höhe von ca. 52 % und für Marktpreisrisiken in Höhe von ca. 41 % zur Verfügung gestellt. Die restlichen 7 % der Risikolimite begrenzen die Liquiditätsrisiken und die operationellen Risiken.

Bei der Risikomessung und Limitauslastung werden unerwartete Risiken berücksichtigt. Diese werden grundsätzlich mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % sowie einer Haltedauer von einem Jahr ermittelt und auf das Jahresende skaliert. Ferner werden negative Abweichungen von den Erwartungswerten auf die Auslastung der Einzelrisikolimite angerechnet. Die Limitauslastungen werden monatlich an den Gesamtvorstand berichtet.

Bei den Stresstests verwenden wir grundsätzlich ein Konfidenzniveau von 99,9 % und stressen darüber hinaus weitere Risikofaktoren. In diesem Zusammenhang definieren wir geeignete Szenarien, die sowohl historische, als auch hypothetische Elemente enthalten. Darüber hinaus führen wir inverse Stresstests für alle wesentlichen Risikoarten durch. Sie dienen als Nachweis für die Nachhaltigkeit unseres Geschäftsmodells und liefern wichtige Impulse für den Strategieprozess.

Im Rahmen des Managementinformationssystems haben wir weitere individuelle Kennzahlensysteme implementiert und ermitteln ergänzend barwertige Berichtsgrößen.

Bei der Ausgestaltung der Aufbau- und Ablauforganisation werden die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Funktionstrennungen berücksichtigt. Die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems wird ständig durch die Interne Revision überprüft.

Der Vorstand hat im Rahmen der Risikosteuerung die besonderen Funktionen gemäß MaRisk (Compliance-Funktion, Risikocontrolling-Funktion und Interne Revision) eingerichtet.

1. Adressenausfallrisiko

1.1 Kundenkreditgeschäft

Unter dem Adressenausfallrisiko verstehen wir die Gefahr eines teilweisen oder vollständigen Ausfalls vertraglich zugesagter Leistungen durch unsere Geschäftspartner und Kunden.

Das Kundenkreditgeschäft stellt ein Kerngeschäftsfeld unserer Bank dar. Im Rahmen der Risikoinventur haben wir das Adressenausfallrisiko als wesentliche Risikoart eingestuft. Wir betreiben eine risiko- und ertragsorientierte Kreditpolitik. Grundlage bei allen Kreditentscheidungen ist ein ausgewogenes Chancen- und Risikoprofil und die Sicherung der nachhaltigen Rentabilität der Bank. Bei bedeutenden Engagements ist eine Zustimmung des Risikoausschusses des Aufsichtsrats erforderlich.

Bei der Kreditvergabe und Überwachung der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken ist die Bonitätsbeurteilung von zentraler Bedeutung. Hierzu setzt die Volksbank Stuttgart eG soweit möglich die Ratingverfahren des genossenschaftlichen Finanzverbundes ein. Die Verfahren werden regelmäßig validiert. Um die Spezifika der einzelnen Kundensegmente abbilden zu können, sind für die jeweiligen Kundensegmente separate Ratingverfahren im Einsatz.

Risikokonzentrationen mit möglichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Ertragslage sehen wir im Kundenkreditgeschäft im Hinblick auf Branchen, Größenklassen, Sicherheiten, Bonitätsklassen und regionaler Verteilung. Diese Risikokonzentrationen werden grundsätzlich auf der Basis von Strukturlimiten gesteuert sowie im Rahmen von Stresstests bewertet und gewürdigt.

Die Ermittlung der Risikokennzahlen für das Kundenkreditgeschäft erfolgt über ein ausfall-basiertes Kreditportfoliomodell unter Berücksichtigung der kreditnehmerspezifischen Exposures, Bonitätsklassen sowie der branchenspezifischen Ausfallraten, Volatilitäten und Korrelationen.

Vorstand und Aufsichtsrat werden zeitnah über die Entwicklung des Kreditportfolios sowie über die Auslastung der Einzel- und Strukturmitel informiert. Ergänzend wird im Rahmen der Adressrisikosteuerung das Kreditportfolio nach Bonitätsklassen, Größenklassen, Branchen, Sicherheiten und Risikotreibern analysiert. Die Rahmenbedingungen werden regelmäßig im „Steuerungskreis Adressrisiko-Kundengeschäft“ bewertet. Bei Bedarf werden dem Vorstand Maßnahmen für geschäftspolitische Entscheidungen bzw. Steuerungsimpulse vorgeschlagen.

Sanierungsbedürftige und Not leidende Engagements werden in einem marktunabhängigen Bereich betreut.

1.2 Eigengeschäft

Unter dem Adressrisiko Eigengeschäft verstehen wir Ausfall-, Migrations- und Spreadrisiken von Forderungen an Kreditinstitute (inklusive Schuldscheindarlehen), Wertpapieren und Beteiligungen.

Im Eigengeschäft verfolgen wir das geschäftspolitische Ziel der Risikosteuerung. Vermögensrisiken werden durch Diversifizierung auf verschiedene Länder, Branchen, Währungen, Bonitäten, Laufzeiten, Größenklassen, Produktklassen und Schuldner reduziert.

Risikokonzentrationen mit möglichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Ertragslage sehen wir im Wesentlichen in Größenklassen, Bonitäten, Ländern und Produkten. Die in der Risikostrategie festgelegten Strukturmitel dienen der Begrenzung von Risikokonzentrationen bzw. ungewünschten Portfoliogewichtungen. Zur Begrenzung der Einzelemittentenrisiken werden vom Vorstand kombinierte Kontrahenten- und Emittentenmitel („Geschäftspartnermitel“) beschlossen. Die Überwachung der Limitauslastung ist durch eine regelmäßige Berichterstattung sichergestellt.

Die Rahmenbedingungen werden regelmäßig im „Treasury-Ausschuss“ analysiert und bewertet. In diesem Zusammenhang werden das Marktumfeld, die aktuelle Positionierung sowie das Rendite-Risikoprofil des Portfolios analysiert. Bei Bedarf werden dem Vorstand Maßnahmen für geschäftspolitische Entscheidungen bzw. Steuerungsimpulse vorgeschlagen.

Die Messung des Adressenausfallrisikos erfolgt auf der Basis eines simulationsbasierten Kreditrisikomodells. Die Risiken aus verbundinternen Geschäften werden ergänzend über gesonderte Spreadverschiebungen ermittelt. Die Risikomessung und Berücksichtigung in der Risikotragfähigkeit erfolgen mit dem gleichen Konfidenzniveau wie bei der Risikomessung des Adressenausfallrisikos für das Kundenkreditgeschäft.

Strategische Beteiligungen werden in der Regel nur innerhalb des genossenschaftlichen Finanzverbundes eingegangen. Vor dem Hintergrund der Zentralbankfunktion besteht das Beteiligungsportfolio im Wesentlichen aus Beteiligungen am DZ BANK AG-Konzern. Das Beteiligungsrisiko wurde im Rahmen der Risikoinventur als wesentlich eingestuft und wird im Risikotragfähigkeitskonzept berücksichtigt.

2. Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken entstehen durch Veränderungen von Marktpreisen bzw. sonstigen preisbildenden Parametern von Finanzinstrumenten sowie deren Volatilitäten, die eine Wertveränderung in nicht geschlossenen Positionen im Zins-, Fonds-, Derivate-, Aktien- und Währungsbereich auslösen.

Aufgrund von Inkongruenzen zwischen den Zinsbindungen und Zinsanpassungsmodalitäten bei den aktiven und passiven Bilanzpositionen sowie möglicher Kursrisiken bei Eigenanlagen in verzinslichen Wertpapieren und Fonds haben wir die Marktpreisrisiken insgesamt ebenfalls als wesentliche Risikoart eingestuft.

Währungspositionen im Kundengeschäft sind weitestgehend geschlossen. Im Eigengeschäft gehen wir Fremdwährungsrisiken nur in begrenztem Umfang ein. Aus diesem Grund stufen wir diese Risiken als nicht wesentlich ein.

Die Risikoinventur kommt zum Ergebnis, dass die Aktienkursrisiken unter der Wesentlichkeitsgrenze liegen. Daher werden diese Risiken nicht auf die Risikodeckungsmasse angerechnet.

Risikokonzentrationen innerhalb des Zinsbuches sehen wir in dem hohen Anteil der täglich fälligen Kundeneinlagen sowie in Wertpapieren bzw. Termingeldern mit optionalen Bestandteilen.

Marktpreisrisiken steuern wir getrennt nach dem Zinsspannenrisiko im strategischen Zinsbuch und den Kursänderungsrisiken bei Anleihen, Fonds und Währungen. Das Zinsspannenrisiko sowie die Bewertungsrisiken aus Anleihen berechnen wir monatlich über eine dynamische Zinselastizitätsbilanz mit individuellen Zins- und Geschäftsstrukturszenarien. Neben unserer eigenen Zinsprognose verwenden wir dabei Zinsstrukturszenarien auf der Basis von historischen Volatilitäten, die der Deutsche Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V. (DGRV) zur Verfügung stellt. Mögliche Ergebnisrisiken aus Veränderungen des Zinsüberschusses und des Bewertungsergebnisses werden durch die Analyse von wachstums-, struktur- und zinsinduzierten Simulationsrechnungen erkannt. Auf dieser Basis werden notwendige Steuerungsmaßnahmen abgeleitet.

Ergänzend werden barwertige Berichtsgrößen als zusätzliche Informationen bei geschäftspolitischen Entscheidungen berücksichtigt. Bei der barwertorientierten verlustfreien Bewertung des Zinsbuchs ergeben sich deutliche Reserven.

Die Kursänderungsrisiken der Eigenanlagen überwachen wir zusätzlich über eine tägliche Bewertung der Bestände.

Zur Steuerung der Zinsänderungs- und Marktpreisrisiken werden außerbilanzielle Sicherungsinstrumente in geringem Umfang eingesetzt.

3. Liquiditätsrisiko

Unter dem Liquiditätsrisiko verstehen wir die Gefahr, den Zahlungsverpflichtungen nicht uneingeschränkt und fristgerecht nachkommen zu können. Risikotreiber sind insbesondere das Refinanzierungs-, das Abruf-, das Termin- und das Marktliquiditätsrisiko. Im Rahmen der Risikoinventur haben wir das Liquiditätsrisiko als wesentliche Risikoart beurteilt.

Zur Begrenzung von Konzentrationen beim Liquiditätsrisiko hat der Vorstand verschiedene risikobegrenzende Vorgaben im Hinblick auf Großbeleger festgelegt. Im Eigengeschäft hat die DZ BANK AG aufgrund unserer Zugehörigkeit zum genossenschaftlichen Finanzverbund als Emittent und Liquiditätsgeber eine hohe Bedeutung. Sie ist unsere wesentliche Refinanzierungsquelle und stellt somit eine Risikokonzentration innerhalb des Liquiditätsrisikos dar. Darüber hinaus werden bei Bedarf Tendergeschäfte sowie gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank getätigt.

Zur Steuerung des Liquiditätsrisikos haben wir risikobegrenzende Limite, strategische Zielvorgaben und Warngrenzen festgelegt. Im Rahmen der operativen Liquiditätssteuerung stehen der Bank ausreichende Kredit- und Geldhandelslinien sowie liquide Wertpapiere zur Verfügung.

Im Rahmen der Liquiditätssteuerung ermitteln wir die kurz-, mittel- und langfristigen Zahlungsströme für verschiedene Szenarien. Somit ist sichergestellt, dass mögliche Liquiditätsengpässe frühzeitig erkannt und geschäftspolitische Maßnahmen eingeleitet werden können. Über zusätzliche Liquiditätspuffer an hochliquider Aktiva wird gewährleistet, dass die Einhaltung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) sowie die Anforderungen aus der Liquiditätsverordnung sichergestellt sind.

Die Liquiditätsrisiken sind im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes limitiert. In diesem Zusammenhang werden individuelle Szenarien im Hinblick auf mögliche Abflüsse und Inanspruchnahmen simuliert. Der erhöhte Zinsaufwand aus dem sich ergebenden Refinanzierungsbedarf wird unter Berücksichtigung eines zusätzlichen Zinsschocks ermittelt und auf das Risikolimit angerechnet.

4. Operationelle Risiken

Unter den „operationellen Risiken“ verstehen wir die Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder in Folge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Im Gegensatz zu Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken, die bewusst von uns eingegangen werden, um Erträge zu generieren, entstehen operationelle Risiken im Zuge der normalen Geschäftstätigkeit. Die operationellen Risiken beurteilen wir im Rahmen der Risikoinventur insgesamt als wesentliche Risikoart.

Die Identifizierung und Quantifizierung der operationellen Risiken erfolgt über ein jährliches Self-Assessment. Auf dieser Basis werden über eine Monte-Carlo-Simulation der Erwartungswert sowie der unerwartete Verlust ermittelt. Im Rahmen der Risikotragfähigkeit werden Planabweichungen und das unerwartete Risiko in der Limitauslastung berücksichtigt. Die im Zusammenhang mit den Adressenausfall- und Marktpreisrisiken auftretenden operationellen Risiken werden implizit bei diesen Risikoarten abgebildet.

Konzentrationen sehen wir insbesondere bei Risiken, die im Zusammenhang mit Kunden, Produkten und Geschäftsgepflogenheiten auftreten.

Innerhalb der Risikostrategie sind für die Risiko- und Schadensmeldungen Meldegrenzen festgelegt. Diese Risiken bzw. Schadensfälle werden in einer Datenbank erfasst und im Hinblick auf ihre Ursachen analysiert. Ein Prozess für eventuell notwendige Ad-hoc-Meldungen an den Vorstand ist eingerichtet.

Zu den Regelungen bzw. Verfahren zum Management der operationellen Risiken zählen insbesondere das Risikomanagementsystem, die schriftlich fixierten Richtlinien für die Aufbauorganisation und die wesentlichen Arbeitsabläufe, der Einsatz von qualifiziertem Personal sowie die ständige Weiterentwicklung der Methoden und die Verbesserung der technischen Abläufe. Um Risiken, die sich aus der Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen und Vorgaben ergeben können, entgegenzuwirken, wurde eine Compliance-Funktion nach MaRisk eingeführt.

Betriebliche Risiken im Bereich der Datenverarbeitung oder aus Organisations- und Bearbeitungsfehlern werden durch Vereinbarungen mit dem externen Rechenzentrum, Notfallkonzepte, zunehmende Automatisierung und ständige Kontrollen durch qualifizierte Mitarbeiter gemindert. Gefahrenpotenziale werden in banküblichem Umfang durch Versicherungsverträge abgesichert. Aus den im Geschäftsjahr 2016 eingegangenen Beschwerden, gemeldeten Risiken und Schadensfällen sowie Schadensregulierungen ergeben sich keine wesentlichen Hinweise auf Prozessfehler oder Unstimmigkeiten im Risikomanagementsystem.

Insgesamt beurteilen wir die aufgetretenen Risiken bzw. Schadensfälle als unkritisch im Hinblick auf die Vermögens- und Ertragslage der Bank.

Die Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalunterlegung von operationellen Risiken erfolgt auf der Grundlage des Basisindikatoransatzes.

5. Sonstige Risiken

Unter den „sonstigen Risiken“ subsumieren wir insbesondere das strategische Risiko, das Vertriebsrisiko, das Produktivitätsrisiko, das Reputationsrisiko, das Immobilienrisiko, das Risiko aus verbundenen Unternehmen sowie sonstige Konzentrationsrisiken. Diese Risiken werden im Rahmen der jährlichen Risikoinventur analysiert und bewertet. Die sonstigen Risiken wurden im Rahmen der letzten Risikoinventur als „nicht wesentlich“ eingestuft.

Die nicht im Risikotragfähigkeitskonzept limitierten sonstigen Risiken werden über einen pauschalen Abschlag bzw. über die freie Risikotragfähigkeit abgedeckt.

6. Zusammenfassende Risikobeurteilung

Insgesamt verfügen wir über ein, dem Umfang und der Komplexität der Geschäftstätigkeit angemessenes System zur Identifizierung, Überwachung und Steuerung der vorhandenen Risiken.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 haben sich im Rahmen der Risikosteuerung keine Anhaltspunkte für bestandsgefährdende Risiken für die Vermögens-, Finanz- bzw. Ertragslage ergeben. Die Risikotragfähigkeit war im Geschäftsjahr 2016 zu jedem Zeitpunkt

uneingeschränkt gegeben. Das vom Vorstand festgelegte Gesamtbankrisikolimit für das Folgejahr ist in der unskalierten Betrachtung (Haltdauer 240 Handelstage) zum Bilanzstichtag mit 65,1 % ausgelastet.

IV. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Zum Jahresende 2016 zeigten sich die makroökonomischen Rahmenbedingungen in Deutschland insgesamt in einer soliden Verfassung.

Für 2017 rechnet die Bundesregierung mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,4 % nach einer Steigerung von 1,9 % im Vorjahr. Der leichte Wachstumsrückgang sei allerdings nicht Folge von sich eintrübenden wirtschaftlichen Perspektiven, sondern ist auf die geringere Zahl von Arbeitstagen zurückzuführen. Ergänzend geht die Bundesregierung von einer weiter sinkenden Arbeitslosenquote auf 6,0 % (2016: 6,1 %) aus.

Die EU-Kommission geht in ihrer Prognose für die Eurozone von einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts auf ein ähnlich hohes Niveau aus. So wird für das Geschäftsjahr 2017 ein Wachstum von 1,6 % und für 2018 ein Wachstum in Höhe von 1,8 % prognostiziert.

Baden-Württembergs Wirtschaftsstruktur ist von global aufgestellten Industriekonzernen und von mittelständischen Unternehmen geprägt, die oftmals zu den weltweiten Marktführern in ihren jeweiligen Produktsegmenten zählen. Das statistische Landesamt Baden-Württemberg rechnet für 2017 mit einer Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts um 1,8 %. Die Prognose liegt leicht über der Entwicklung des Geschäftsjahres 2016 (+1,5 %), aber deutlich unter dem dynamischen Jahr 2015 (+3,1 %).

Die Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammer (BWIHK) weist ausdrücklich darauf hin, dass die aktuelle wirtschaftliche Hochphase mittlerweile schon drei Jahre andauert. Dieser Zeitraum ist deutlich länger als in den vorangegangenen Hochphasen.

Die beiden wichtigsten deutschen Konjunkturbarometer, der ZEW-Index und der Ifo-Index, notieren bei der Beurteilung der aktuellen Lage auf einem hohen Niveau. Bei der Bewertung der Erwartungen macht sich zwischenzeitlich ein verhaltener Optimismus für die Zukunft breit.

Die Skepsis der Analysten und Unternehmen hängt insbesondere mit der politischen Neuausrichtung der USA unter Präsident Donald Trump und den noch nicht abschließend bewertbaren Unsicherheiten über die langfristigen Auswirkungen des Brexits zusammen. Großbritannien zählt (wie die USA) zu den wichtigsten Handelspartnern für die deutsche Exportwirtschaft. Die eng verflochtenen Wirtschaftsräume werden sich mit noch nicht absehbaren ökonomischen Folgen neu positionieren müssen. Dieser Sachverhalt wird Auswirkungen auf die exportorientierte Wirtschaft haben.

Nicht zu unterschätzen sind im Geschäftsjahr 2017 auch die politischen Unsicherheiten vor dem Hintergrund zunehmender Skepsis gegenüber der Europäischen Union. Durch die anstehenden

Wahlen in Frankreich, den Niederlanden, Deutschland und (möglicherweise) Italien werden die politischen Risiken in der Eurozone zunehmen.

In diesem politischen Umfeld wird die griechische Schuldenkrise wieder auf die Agenda zurückkehren. Griechenland muss 2017 Rückzahlungsverpflichtungen in Höhe von etwa 25 Mrd. Euro erfüllen. Und der Internationale Währungsfonds (IWF) sträubt sich weiterhin an einer Beteiligung an dem 2015 zugesagten Rettungspaket für Griechenland mit einem Volumen von 86 Mrd. Euro. Der vom IWF bevorzugte weitere Schuldenerlass ist in der Europäischen Union nicht mehrheitsfähig. In diesem Zusammenhang wird auch die Rettung italienischer Banken mit Staatshilfen zu erhöhten Unsicherheiten führen.

Zudem kann eine Eskalation bei den schwelenden geopolitischen Krisen in der Ukraine und im Nahen Osten die (globalen) konjunkturellen Rahmenbedingungen abrupt verändern.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass 2017 ein ähnliches Chancen- und Risikoprofil mit dem Risiko sich erhöhender Volatilitäten vorherrschen wird. Insbesondere bei den Peripherieländern können sich die Spreads weiter erhöhen. Dadurch könnte der Euro unter Druck geraten.

Der Euro befindet sich bereits seit längerer Zeit in einem Abwärtstrend. Zuletzt notierte der Euro trotz solider Konjunkturdaten in der Eurozone auf einem 14-Jahrestief. Bei sich erhöhenden politischen Unsicherheiten ist die Stabilität des Euro in Gefahr. Da die Zinswende in den USA bereits eingeleitet wurde, wird es in 2017 zusätzlich zu geldpolitischen Divergenzen kommen, die ebenfalls Druck auf den Kurs des Euro ausüben werden.

Die EU-Kommission geht aktuell davon aus, dass die Verbraucherpreise im Euroraum in 2017 um 1,7 % steigen werden. Damit würde die Inflationsrate nur leicht unter der von der Europäische Zentralbank (EZB) angestrebten Marke von knapp zwei Prozent bleiben. Dennoch sind aktuell keine Anzeichen erkennbar, dass die EZB von ihrer expansiven Geldpolitik abkehren wird. So wird die EZB auch 2017 als aktiver Marktteilnehmer an den Euro-Rentenmärkten auftreten. Die kontinuierliche Notenbanknachfrage wird wahrscheinlich weiterhin einen Druck auf die Renditen ausüben.

Das historisch niedrige Zinsniveau mit teilweise negativen Renditen wirkt weiterhin belastend auf den Zinsüberschuss der Universalbanken mit einem stark zinsabhängigen Geschäftsmodell.

Unter Berücksichtigung unserer Zinsprognose (Versteilerung bei einem leicht höheren Zinsniveau), der geplanten Wachstumsannahmen sowie der geplanten Ausschüttungen aus dem Spezialfonds in Höhe von 1,5 % bzw. 1,9 % rechnen wir im Geschäftsjahr 2017 mit einem Zinsüberschuss auf Vorjahresniveau und im Jahr 2018 mit einem leicht rückläufigen Ergebnis.

Beim Provisionsüberschuss gehen wir trotz des steigenden Wettbewerbs und des besonderen Marktumfeldes von einer leichten Erhöhung der Erträge aus.

Bei den Personalaufwendungen erwarten wir, dass über Effizienzgewinne die Lohn- und Gehaltsaufwendungen der Jahre 2017 und

2018 trotz Tarifsteigerungen auf dem Niveau des Jahres 2016 bleiben. Im Bereich der Altersvorsorge rechnen wir auf Grund der Sondereffekte durch die Auslagerung von Pensionsverpflichtungen im Jahr 2016 mit leicht rückläufigen Aufwendungen in den Folgejahren. Bei den anderen Verwaltungsaufwendungen zuzüglich der Abschreibungen auf Sachanlagen gehen wir für die Geschäftsjahre 2017 und 2018 von Aufwendungen auf dem Niveau des Jahres 2016 aus.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen rechnen wir für 2017 und 2018 mit deutlich erhöhten Aufwendungen auf Grund rückläufiger Zinssätze bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen. Die sonstigen betrieblichen Erträge waren im Geschäftsjahr 2016 durch Sondereffekte geprägt. Daher gehen wir von entsprechend rückläufigen Erträgen in den Jahren 2017 und 2018 aus.

In 2016 wurde bei der Bewertung der Kundenforderungen ein positives Bewertungsergebnis erzielt. Für die Jahre 2017 und 2018 haben wir einen vorsichtigen Wertansatz gewählt und einen Risikovorsorgebedarf auf der Basis des erwarteten Verlustes eingeplant. Dieser Sachverhalt führt analytisch zu einem hohen Delta. Beim Wertpapierbewertungsergebnis rechnen wir auf der Basis der eigenen Zinsprognose für 2017 und 2018 mit Bewertungsaufwendungen, die deutlich über dem Niveau des Geschäftsjahres 2016 liegen.

In der Gesamtbetrachtung erwarten wir in den beiden Folgejahren ein Betriebsergebnis nach Bewertung, welches deutlich unter dem erzielten Niveau des Geschäftsjahres 2016 liegt. Die in der Geschäftsstrategie festgelegten strategischen Ziele einer Cost-Income-Ratio (CIR) von unter 70 % und einem Betriebsergebnis nach Bewertung von mindestens 30 Mio. Euro können erreicht werden.

Risiken für die Ertragslage sehen wir in den kommenden zwei Jahren insbesondere bei fallenden Geld- und Kapitalmarktzinsen. Dies führt unmittelbar zu signifikanten Rückgängen im Zinsüberschuss. Darüber hinaus werden der starke Wettbewerb und das historisch niedrige Zinsniveau mit negativen Renditen nach unserer Einschätzung weiterhin Druck auf die Zinsmargen ausüben. So würde insbesondere der weitere Verzicht auf die Berechnung von Verwarentgelten (Negativzinsen) im Kundeneinlagengeschäft zu negativen Effekten beim Zinsüberschuss führen.

Darüber hinaus könnten sich die systemischen Risiken in der Eurozone sowie eventuelle Eskalationen der geopolitischen Krisen negativ auf die Finanzmärkte, die konjunkturellen Rahmenbedingungen sowie die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Kunden auswirken.

Bestandsgefährdende Risiken für unser Haus sehen wir in absehbarer Zeit nicht. Die internen Simulationen kommen zum Ergebnis, dass die Liquidität sichergestellt, die erhöhten Eigenmittelanforderungen erfüllt werden und die Risikotragfähigkeit in den Folgejahren gegeben ist.

Chancen für die Ertragslage ergeben sich bei einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum auf hohem Niveau sowie einer erhöhten Kreditnachfrage. Dies würde zu einer positiveren Geschäftsentwicklung und niedrigeren Risikokosten im Kundenkreditgeschäft führen.

Neben der Mitgliederförderung sind die nachhaltige Sicherung der operativen Ertragskraft und die stetige Verbesserung der Eigenkapi-

talrelationen unsere wichtigsten geschäftspolitischen Zielsetzungen. Wir sind zuversichtlich, diese Zielsetzungen auch in den folgenden Geschäftsjahren zu erreichen.

V. Zweigniederlassungen

Im Genossenschaftsregister sind unter der Volksbank Stuttgart eG zwei Zweigniederlassungen im Sinne von § 14 Genossenschaftsgesetz eingetragen. Sie firmieren unter „Stuttgarter Bank Zweigniederlassung der Volksbank Stuttgart eG, 70174 Stuttgart“ und „Stuttgarter Volksbank Zweigniederlassung der Volksbank Stuttgart eG, 70174 Stuttgart“.

VI. Erklärung zur Unternehmensführung

Die Erklärung zur Unternehmensführung im Hinblick auf die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft wird auf der Homepage der Volksbank Stuttgart eG (www.volksbank-stuttgart.de) unter der Rubrik „Wir für Sie / Erklärung zur Unternehmensführung“ publiziert.

Stuttgart, 7. März 2017 – Volksbank Stuttgart eG

Der Vorstand

Hans Rudolf Zeisl

Herbert Schillinger

Thomas Weismann

Vorschlag für die Ergebnisverwendung

Der Vorstand schlägt im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat vor, den Jahresüberschuss von EUR 23.684.075,38 unter Einbeziehung eines Gewinnvortrages von EUR 108.470,32 sowie nach den im Jahresabschluss mit EUR 8.008.000,00 ausgewiesenen Einstellungen in die Rücklagen (Bilanzgewinn von EUR 15.784.545,70) wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende von 4,00 %	3.729.550,44
Zuweisung zu den Ergebnisrücklagen	
a) Gesetzliche Rücklage	6.000.000,00
b) Andere Ergebnisrücklagen	6.000.000,00
Vortrag auf neue Rechnung	54.995,26
	<hr/>
	15.784.545,70

Bericht des Aufsichtsrats.



Der Aufsichtsrat der Volksbank Stuttgart eG hat im Berichtsjahr 2016 die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben im Plenum und in den aus seiner Mitte gewählten Ausschüssen erfüllt. Er hat die Geschäftsführung des Vorstands überwacht und beratend begleitet. Die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse wurden gefasst.

Im Berichtszeitraum fanden eine konstituierende, fünf ordentliche und zwei außerordentliche Aufsichtsratssitzungen sowie eine Klausurtagung des Aufsichtsrats statt. Über die durch den Aufsichtsrat zustimmungspflichtigen Kreditengagements wurde in neun Sitzungen des Risikoausschusses sowie erforderlichenfalls im Umlaufverfahren beraten und entschieden. Ferner fanden acht Sitzungen des Aufsichtsratspräsidiums, zwei Sitzungen des Bauausschusses und vier Sitzungen des Prüfungsausschusses statt.

Vorgänge, die der Zustimmung des Plenums oder der Ausschüsse bedurften, wurden geprüft, mit dem Vorstand erörtert und entschieden. Die Mitglieder des Aufsichtsrats, insbesondere des Präsidiums, standen dem Vorstand auch außerhalb von Sitzungen zu Informations- und Beratungsgesprächen zur Verfügung.

Der Vorstand berichtete dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über die wirtschaftliche Entwicklung und Lage der Bank, insbesondere über die Rentabilität und die Risikolage. Hierüber fand stets ein konstruktiver Dialog statt. Ferner hat sich der Aufsichtsrat mit der Geschäftsstrategie und der Risikostrategie, der strategischen Unternehmensplanung und der operativen Planung für das Berichtsjahr intensiv auseinandergesetzt. Weiter hat sich der Aufsichtsrat über besondere Vorgänge und Projekte von wesentlicher Bedeutung detailliert unterrichten lassen, insbesondere informierte der Vorstand den Aufsichtsrat stets zeitnah und ausführlich über den Stand der Gespräche und den Verlauf der Vorbereitungen von Fusionsvorhaben.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Jahresüberschusses - unter Einbeziehung des Gewinnvortrags - geprüft und für in Ordnung befunden. Der Vorschlag entspricht den Vorschriften von Gesetz und Satzung.

Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 mit Lagebericht wurde vom Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband e.V., Karlsruhe, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung am 24. April 2017 berichtet, nachdem das Prüfungsergebnis bereits im Vorfeld dem Aufsichtsrat bekannt gegeben und ausführlich diskutiert worden ist.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses sowie die vorgeschlagenen Satzungsänderungen zu beschließen.

Der Aufsichtsrat spricht den Vorstandsmitgliedern, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Mitgliedern der Regionalbeiräte großen Dank für das im Jahr 2016 Geleistete aus.

Der Aufsichtsrat
Stuttgart, 4. April 2017

Albrecht Merz
-Vorsitzender-

JAHRESBILANZ ZUM 31.12.2016

AKTIVSEITE	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			45.199.590,63		62.657
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			150.702.963,90		65.238
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	150.702.963,90				(65.238)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00	195.902.554,53	0
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00				(0)
b) Wechsel			0,00	0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			65.145.069,83		95.227
b) andere Forderungen			230.105.934,43	295.251.004,26	206.017
4. Forderungen an Kunden				3.879.983.265,23	3.423.364
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	1.538.932.194,28				(1.486.786)
Kommunalkredite	99.972.689,09				(93.349)
Warenforderungen	78.770,35				(40)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
ab) von anderen Emittenten		11.493.572,27	11.493.572,27		9.972
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		196.426.763,72			126.892
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	196.426.763,72				(126.892)
bb) von anderen Emittenten		1.239.839.255,10	1.436.266.018,82		805.471
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.157.262.569,08				(786.777)
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	1.447.759.591,09	0
Nennbetrag	0,00				(0)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				305.515.139,02	295.070
6a. Handelsbestand				0,00	0
6aa. Warenbestand				532.991,69	325
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			209.997.695,40		203.061
darunter:					
an Kreditinstituten	27.299.441,76				(27.064)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			2.791.123,63	212.788.819,03	230
darunter:					
bei Kreditgenossenschaften	2.675.761,00				(124)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				8.148.260,00	6.115
darunter:					
an Kreditinstituten	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
9. Treuhandvermögen				14.969,59	15
darunter: Treuhandkredite	14.969,59				(15)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			195.506,00		124
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) geleistete Anzahlungen			0,00	195.506,00	0
12. Sachanlagen				79.610.127,91	73.372
13. Sonstige Vermögensgegenstände				38.061.001,89	41.284
14. Rechnungsabgrenzungsposten				740.200,68	1
SUMME DER AKTIVA				6.464.503.430,92	5.414.435

PASSIVSEITE	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			13.875.630,99		12.296
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			503.535.743,64	517.411.374,63	351.876
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten		1.486.572.747,35			1.362.213
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten		55.442.158,45	1.542.014.905,80		35.590
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		3.526.387.427,34			2.871.631
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		147.373.452,61	3.673.760.879,95	5.215.775.785,75	160.850
2a. Verpflichtungen aus Warengeschäften und aufgenommenen Warenkrediten				48.408,49	47
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			617.363,66		0
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			0,00	617.363,66	0
darunter:					
Geldmarktpapiere		0,00			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		0,00			(0)
3a. Handelsbestand				0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten				14.969,59	15
darunter: Treuhandkredite	14.969,59				(15)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				5.150.954,64	5.502
6. Rechnungsabgrenzungsposten				1.298.431,13	1.358
6a. Passive latente Steuern				0,00	0
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen u. ähnliche Verpflichtungen			71.474.915,23		79.448
b) Steuerrückstellungen			3.165.706,62		1.849
c) andere Rückstellungen			34.453.359,62	109.093.981,47	36.401
8. [gestrichen]				0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				538.513,84	4.594
10. Genusssrechtskapital				0,00	0
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00				(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				180.000.000,00	130.000
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	0,00				(0)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			153.769.102,02		151.181
b) Kapitalrücklage			0,00		0
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		120.000.000,00			85.000
cb) andere Ergebnisrücklagen		145.000.000,00	265.000.000,00		110.000
d) Bilanzgewinn			15.784.545,70	434.553.647,72	14.584
SUMME DER PASSIVA				6.464.503.430,92	5.414.435
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00			0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		99.953.200,28			108.843
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00	99.953.200,28		0
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00			0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00			0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		278.992.603,15	278.992.603,15		259.458
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	0,00				(0)

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 01.01.2016 BIS 31.12.2016

	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		118.204.499,92			144.808
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		21.960.889,15	140.165.389,07		19.860
2. Zinsaufwendungen			13.917.423,21	126.247.965,86	17.321
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			432.887,48		2.204
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			4.853.534,91		4.388
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			4.320,00	5.290.742,39	3
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				1.382.709,70	1.317
5. Provisionserträge			39.890.663,60		38.746
6. Provisionsaufwendungen			4.162.133,48	35.728.530,12	3.925
7. Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands				0,00	0
7a. Rohergebnis aus Warenverkehr und Nebenbetrieben				574.152,57	393
8. Sonstige betriebliche Erträge				8.877.282,41	4.869
9. [gestrichen]				0,00	0
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		56.441.056,84			51.536
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		14.018.312,06	70.459.368,90		12.210
darunter: für Altersversorgung	4.182.775,99				(2.968)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			37.202.786,09	107.662.154,99	34.650
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				9.856.985,78	6.344
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				3.708.834,64	12.220
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00		3.903
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			21.122.853,99	21.122.853,99	0
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			2.616.606,19		43
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			0,00	-2.616.606,19	0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				1.111,95	0
18. [gestrichen]				0,00	0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				75.378.543,49	44.432
20. Außerordentliche Erträge			0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen			0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis				0,00	(0)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			15.264.717,57		14.254
darunter: latente Steuern	0,00				(0)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			292.750,54	15.557.468,11	255
24a. Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				36.137.000,00	10.000
25. Jahresüberschuss				23.684.075,38	19.923
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				108.470,32	56
				23.792.545,70	19.979
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			0,00		0
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			0,00	0,00	0
				23.792.545,70	19.979
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			4.004.000,00		2.710
b) in andere Ergebnisrücklagen			4.004.000,00	8.008.000,00	2.685
29. BILANZGEWINN				15.784.545,70	14.584

Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016 wurden vom Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband e.V., Karlsruhe, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Unterlagen wurden zur Offenlegung beim Bundesanzeiger eingereicht.

MITGLIEDERBEWEGUNG

ZAHL DER MITGLIEDER		
Anfang	2016	151.601
Zugang aus Verschmelzung	2016	11.123
Zugang	2016	8.540
Abgang	2016	6.626
Ende	2016	164.638

ANZAHL DER GESCHÄFTSANTEILE		
Anfang	2016	1.771.383
Zugang aus Verschmelzung	2016	99.490
Zugang	2016	22.592
Abgang	2016	75.581
Ende	2016	1.817.884

HAFTSUMME IN EUR		
Anfang	2016	88.569.150
Zugang aus Verschmelzung	2016	4.974.500
Zugang	2016	1.129.600
Abgang	2016	3.779.050
Ende	2016	90.894.200

IMPRESSUM

Herausgeber:

Volksbank Stuttgart eG
Börsenstraße 3, 70174 Stuttgart

Verbandszugehörigkeit:

Baden-Württembergischer
Genossenschaftsverband e.V. (BWGV)
Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart

Bundesverband der Deutschen Volksbanken
und Raiffeisenbanken e.V. (BVR)
Schellingstraße 4, 10785 Berlin

Redaktion:

Volksbank Stuttgart eG,
Marketing

Konzeption und Gestaltung:

JoussenKarliczek GmbH

Fotografie:

Peter Oppenländer (Seite 5, 20)

Druck:

Druckhaus Waiblingen Remstalbote GmbH



ClimatePartner^o
klimaneutral

Druck | ID 12146-1701-1003

Jederzeit griffbereit:



Die VR-Banking App
für Ihr Smartphone



Jetzt Fan werden!

www.facebook.de/volksbankstuttgart

Volksbank Stuttgart eG
Börsenstraße 3, 70174 Stuttgart
Telefon 0711 181 0
Fax 0711 181 2497
www.volksbank-stuttgart.de
info@volksbank-stuttgart.de

Volksbank Stuttgart eG 